

Stellungnahme der SPD-Fraktion zur DS 100/2012 und zu den Änderungsanträgen

- Ich spreche für meine Fraktion im Zusammenhang zur DS 100/2012 und den dazu vorliegenden 4 Änderungsanträgen. Unsere Stellungnahme sollte gleichzeitig aber auch als ein wesentlicher Teil unserer Positionierung zum Haushaltsentwurf 2013 verstanden werden.
- Die SPD-Fraktion hat zu dem am 5. Mai dieses Jahres vorgelegten Katalog möglicher Konsolidierungsmaßnahmen umfangreich und dezidiert Stellung bezogen.
- Stadtverwaltung und die Fraktionen sind demzufolge über unsere Positionierung langfristig darüber informiert, dass wir zu 18 der insgesamt 35 vorgeschlagenen Maßnahmen Zustimmung signalisiert haben, bei 8 weiteren Diskussionsbedarf sehen und 9 der Maßnahmen ablehnen.
- Seitdem müssten also alle Beteiligten wissen, dass sich meine Fraktion eindeutig gegen eine Erhöhung der Realsteuern positioniert hat und nie etwas anderes vertreten hat, zumal in dieser Frage auch nie von irgendeiner Seite Kompromissbereitschaft zu erkennen war.
- Für uns ist dies eine Frage von zentraler Bedeutung für den Haushalt 2013. Wir sagen klar und deutlich, dass wir den Haushalt 2013 ablehnen werden, wenn die avisierten Erhöhungen der Hebesätze der Realsteuern Realität werden sollten.
- Die Fraktionen der FDP und „Wir Prenzlauer“ sehen das offensichtlich sehr ähnlich.
- Daher ist es nur logisch, dass wir gemeinsam mit ihnen die Änderungsanträge 100-2 und 100-3 gestellt haben.
- Ihnen zu Grunde liegt die gemeinsame Erkenntnis, dass die vorgeschlagene Erhöhung der Hebesätze einerseits zu einer zusätzlichen Belastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wohnungsunternehmen und ihren Mietern führt und somit Kaufkraft abschöpft. Diese Belastung ist angesichts ohnehin steigender Kosten (Energie, Betriebskosten, notwendigen Gebührenanpassungen ...) derzeit nicht zumutbar und gerade in dieser Region Deutschlands mit der höchsten Arbeitslosigkeit sozial unverträglich.
- Auf der anderen Seite sollte auch den davon betroffenen Unternehmen keine höheren Gewerbesteuern zugemutet werden, da sie ohnehin schon einen erhöhten Eigenaufwand infolge von Kostensteigerungen insbesondere bezüglich des Energiesektors verkraften müssen. Es sollte auch bedacht werden, dass die höhere Eigenbelastung an die Kunden weitergegeben werden könnte und sich auch negativ auf die Bereitschaft zum Sponsoring gegenüber den Vereinen auswirken dürfte.
- Ergänzend zu den bisherigen Ausführungen sehen wir zu mindestens in Bezug auf die Konsolidierungsmaßnahmen, die im Haushaltsjahr 2013 wirksam werden sollen, eine sehr einseitige überproportionierte Aufbürdung von Lasten zu Ungunsten unserer Bevölkerung. Eine Ausgabenreduzierung im Bereich der zentralen Verwaltungstätig-

keit in angemessen ähnlicher Größenordnung ist nicht erkennbar. Das kann nicht der Weg einer verantwortungsvollen Haushaltskonsolidierung sein.

- Unsere Positionierung betrifft alle drei Arten der Realsteuern. Deswegen werden wir selbstverständlich die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE ablehnen. Es ist schon erstaunlich, dass gerade diese Fraktion mit ihren Anträgen noch über den Verwaltungsvorschlag hinausgeht.
- Im Übrigen ist der zweite Satz in der Begründung des Antrages 100-1 sachlich falsch, denn eine Erhöhung der Grundsteuer B betrifft jeden, auch die Menschen im landwirtschaftlichen Bereich.
- Im Änderungsantrag 100-4 sind unseres Erachtens Beschlusstext und Begründung widersprüchlich. Wenn der Beschluss in vorliegendem Wortlaut gefasst werden sollte, dann sind damit die Steuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2015 festgezurr, so dass sich eine erneute, spätere Erörterung dazu erübrigen würde. Außerdem würde sich eine Rücknahme der jetzt vorgeschlagenen erhöhten Hebesätze in 2015 von selbst verbieten, da sich über den gesamten Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung (also bis 2016) der Ergebnishaushalt defizitär darstellt. Dieser Antrag lässt demzufolge Raum für die Vermutung, dass er eine jetzige Steuererhöhung mit einer in Aussicht gestellten zeitlichen Begrenzung schmackhaft machen soll.
- Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass meine Fraktion gewillt ist den Haushalt 2013 zu beschließen. Das für uns entscheidende Kriterium für unsere Zustimmung ist die Beibehaltung der bisherigen Hebesätze der Realsteuern. Auch deshalb bitte ich um Zustimmung zu den gemeinsamen Änderungsanträgen von SPD, FDP und der Fraktion „Wir Prenzlauer“.
- Ich bin der Auffassung, dass diese Änderungsanträge vom Inhalt und ihren finanziellen Auswirkungen die am weitest gehenden bezüglich der Verwaltungsvorlage sind, zumal bei Beschlussfassung unserer Anträge sich selbst diese erübrigt, weil damit der Grund für den vorgesehene Satzungsbeschluss entfällt. Daher beantrage ich gemäß § 14 Abs.(3) in Verbindung mit § 15 Abs. (2) unserer Geschäftsordnung, unsere Anträge zuerst abzustimmen.